

Senator Frank Horch zu Innovation, Hafenpolitik und Elbvertiefung

Hamburg ist erstaunlich gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Wie lautet das Erfolgsgeheimnis?

Es gibt in Deutschland keinen Wirtschaftsstandort, der so breit aufgestellt ist wie die Metropolregion Hamburg. Es gibt eine vielfältige Grundstoffindustrie, es gibt Großbetriebe wie Airbus, Luftansa-Technik, Aurubis oder Trimet und es gibt die mittelständischen Betriebe, die fast 80 Prozent der Wirtschaftsstruktur ausmachen. Sie sind hoch innovativ. Aus dieser Stärke heraus, die von einem großen Dienstleistungssektor ergänzt wird, war es möglich, so schnell aus der Krise herauszukommen und wieder Fahrt aufzunehmen.



zu besetzen. Das Thema Elektromobilität ist hier ein gutes und wichtiges Beispiel. Oder der Bereich von Offshore-Windanlagen, an denen Hersteller von Windanlagen und Werften gemeinsam arbeiten. Themen übrigens, wo wirtschaftliches Handeln und Umweltschutz Hand in Hand gehen.

Hamburg verfügt bereits heute über eine enorme Innovationskraft in den Unternehmen. Hier sind kleine und mittelständische Unternehmen besonders hervorzuheben. Hamburg und auch Deutschland insgesamt haben einen großen Standortvorteil, den es in Zukunft noch stärker zu nutzen gilt: Er liegt in der großen Kreativität und dem hohen

Innovation – die Wirtschaftsbehörde trägt diesen Begriff jetzt sogar im Namen. Was verbindet der Wirtschaftssenator damit?

Hamburger Zukunftsfelder, in denen es in Hamburg ein Innovationspotential bzw. zukunftssträchtige Alleinstellungsmerkmale gibt, wollen wir tatkräftig und nachhaltig erschließen. Dazu sollen Cluster- und Brancheninitiativen weiter ausgebaut werden. Wir wollen in Hamburg die Chance nutzen, die Zukunftsthemen

Innovationspotential unserer Fachkräfte. Dies gilt es insbesondere zu fördern und zu entwickeln.

Die Hafenpolitik steht ganz oben auf der Agenda des Senats. Was sind die wichtigsten Ziele, die es zu erreichen gilt?

Wir haben ja die verschiedenen in Bezug auf den Hafen in einem Dialog mit allen Beteiligten in mehreren Workshops breit diskutiert. Daraus entsteht nun der neue Hafenentwicklungsplan.

Der ist darauf ausgerichtet, die Wachstumspotenziale für den Hamburger Hafen durch die richtigen Weichenstellungen, z.B. hinsichtlich zukünftiger Kapazitätsentwicklung, Flächenstrategie und Verkehrsanbindung, zu nutzen und die Wettbewerbsposition des Hafens langfristig zu sichern und zu stärken. Oberstes Ziel der Hafenentwicklung muss aus meiner Sicht sein, die vielfältigen Arbeitsplätze im Hafen zu sichern und die Wertschöpfung in Hamburg zu steigern.

Ein weiteres wichtiges Anliegen, insbesondere auch für die Entwicklung unseres Hafens, ist die Elbvertiefung. Wie sieht es damit aus?

Der Hamburger Hafen ist und bleibt ein zentraler Wirtschaftsmotor, der allein hier in Norddeutschland mehr als 150.000

Arbeitsplätze schafft. Als ein bedeutender Welthafen fungiert der Hafen heute als eine Drehscheibe im internationalen Warenverkehr, die alle benötigten Dienstleistungen rund um den Warentransport bietet. Ein weltweit nach wie vor zunehmender Warenaustausch bietet die Chance, dass der Hamburger Hafen diese Position noch weiter ausbauen kann.

Dies kann nur dann gelingen, wenn die größten derzeit verkehrenden Containerschiffe den Hamburger Hafen weitgehend ohne Behinderungen bedienen können. Derzeit verfügen die weltweit eingesetzten Großcontainerschiffe aber in der Regel über Tiefgänge, die die heute auf Unter- und Außenelbe zulässigen Höchttiefgänge überschreiten.

Da diese Schiffe aufgrund der zu geringen Fahrwassertiefe ihre Ladekapazitäten nur eingeschränkt ausnutzen können, geht dem Hamburger Hafen bereits heute Umschlag verloren. In der Hoffnung, dass die Fahrrinnenanpassung sehr bald realisiert wird, haben die meisten Reedereien aber dem Hafen in Hamburg noch nicht den Rücken gekehrt. Ich setze meine ganze Kraft dafür ein, das Projekt voranzutreiben. Es hat höchste Priorität. Es gilt, die Fahrrinnenanpassung schnell umzusetzen, denn am Ende profitiert natürlich nicht nur Hamburg, sondern Deutschland als Standort insgesamt.

Schließlich noch eine persönliche Frage: Wie ist es, als Parteiloser und Politik unerfahrener Mensch in einem SPD-geführten Senat zu arbeiten?

Senat und SPD-Fraktion haben mich gut aufgenommen. Wahr ist, am Anfang gab es auf beiden Seiten einen Prozess des aneinander Gewöhnens. Sozusagen die Probezeit, in der es galt herauszufinden, wie der jeweils andere tickt. Inzwischen ist die Zusammenarbeit in hohem Maße konstruktiv und vertrauensvoll. Darüber freue ich mich sehr.

Selbstkritisch muss ich in der Rückschau sagen, dass ich an manchen Stellen erst lernen musste, wie wichtig in der Politik eine intensive Kommunikation ist, wenn eine Entscheidung am Ende breit getragen werden soll.

Mein Resümee nach dem ersten interessanten und spannenden Jahr als Senator ist: Ich habe meine Entscheidung keinen Tag bedauert und ich möchte die gemachten Erfahrungen und die vielen guten Gespräche nicht missen.



*Ein Jahr nach Fukushima

Was wird aus der Energiewende?

Donnerstag, 15. März 2012

Ingo Eglhoff

Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bundestages

Dr. Matthias Miersch

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagfraktion

Kurt-Schumacher-Haus

Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Beginn: 19 Uhr





Brücken nach Osten – Helmut Schmidt und Polen

von Dominik Pick

Helmut Schmidts Polenpolitik wird heute häufig als Fortsetzung der Politik von Willy Brandt gesehen, aber es war viel mehr. Helmut Schmidt bestimmte die Ostpolitik von Anfang an mit. Zu diesem Ergebnis kommt der Autor Dominik Pick in seinem Buch „Brücken nach Osten – Helmut Schmidt und Polen“. Helmut Schmidt selbst sagte auf der Buchvorstellung im Warburg-Haus im Oktober, dass seine Ostpolitik nicht besonders erfolgreich war, aber der Anfang der Normalität.

Dominik Pick, ein polnischer Historiker, untersuchte das deutsch-polnische Verhältnis Mitte der 1970er Jahre. Der persönliche Kontakt im internationalen Politikgeschäft spielte für Helmut Schmidt eine übergeordnete Rolle. Insgesamt fünfmal traf er Polens ehemaligen Ersten Sekretär Edward Gierek. Das Verhältnis zwischen den beiden war gut, die Chemie stimmte. Dies wurde zu einer Vertrauensgrundlage für die Entspannungspolitik, um die sich Helmut Schmidt so sehr bemühte.

Ein Ereignis dieser Zusammenarbeit schilderte Helmut Schmidt im Warburg-Haus selbst. Im Jahr 1975 waren die Verhandlungen der Außenminister über die Ausreise von Deutschen aus Polen ins Stocken geraten. So schlug Gierek vor: „Pan Kanclerz, ich denke wir müssen mal in den Garten gehen.“ In nur 15 Minuten soll es möglich gewesen sein, sich auf einen Kompromiss zu einigen. Durch den persönlichen Austausch zwischen Gierek und Schmidt wurde ein Durchbruch bei den träge laufenden Verhandlungen geschaffen.

Der Einladung zur Buchvorstellung durch Peter Schulz vom Kuratorium der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung folgten zahlreiche Politiker. So kamen Senator Peter Tschentscher, Altbürgermeister Ortwin Runde und der Europaabgeordnete Knut Fleckenstein, der zur Buchpräsentation Adam Gierek, Sohn des Ersten Sekretärs Polens Edward Gierek aus Brüssel mitbrachte. Adam Gierek, Mitglied des Europäischen Parlaments, überreichte Helmut Schmidt ein Bild mit einer unbekannteren Aufnahme, die Helmut Schmidt mit seinem Vater zeigte. Ein bewegender Moment, der unterstrich wie selbstverständlich der gute Kontakt zwischen Deutschland und Polen heute ist. Helmut Schmidt war ein wichtiger Wegbereiter.

In der Reihe „Studien der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung“ ist das Buch unter dem Titel „Brücken nach Osten – Helmut Schmidt und Polen“ im Verlag Edition Temmen erschienen. Es ist im Buchhandel oder unter www.edition-temmen.de erhältlich und kostet 14,90 Euro.



Liebe Genossinnen und Genossen,

Hamburg wächst. In diesem Jahr wird die Einwohnerzahl voraussichtlich auf mehr als 1,8 Millionen ansteigen. Und mit einer Umkehr dieses Trends ist nicht zu rechnen. Hamburg hat mit seiner bald auf fünf Millionen Einwohner anwachsenden Metropolregion beste Aussichten auf eine gute Entwicklung.

Viele, die sich entschließen, nach Hamburg zu kommen und hier zu leben, verbinden damit Hoffnung auf ein gutes oder besseres Leben. Eine große Stadt ermöglicht es, festgelegte Lebensentwürfe zu verlassen und bietet auch Chancen für diejenigen, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Aufgabe der Politik ist es, der Dynamik und Zuversicht optimale Bedingungen zu bieten und sie somit weiter zu stärken.

Wir sind uns der Herausforderung und Verantwortung bewusst, die mit den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürgern in einer wachsenden Stadt einhergeht. Innerstädtische Verdichtung durch den dringend benötigten Wohnraum, der zunehmende Verbrauch von Energie und der hohe Anteil an Emissionen in Metropolen erfordern Maßnahmen, die Wachstum und Lebensqualität in Einklang bringen. Mit den kürzlich geschlossenen Verträgen mit den Energieversorgungsunternehmen zum Teilerwerb der Versorgungsnetze treiben wir die Energiewende für Hamburg voran und sorgen damit für eine weitere Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Hamburg übernimmt damit bundesweit eine Vorreiterrolle, ebenso bei der Ausweitung der Speicherkapazitäten für erneuerbare Energien.

Zukunftsfähig als Stadt sind wir, wenn wir familiengerecht, ökologisch verträglich, modern und einfallreich für Menschen bauen, die stadtnah wohnen wollen, inmitten guter Infrastruktur. Und in einer Umgebung, in der sie ihre Kinder gerne aufwachsen sehen. In einem großen und lebenswerten Hamburg.

Euer


Olaf Scholz

SPD Eimsbüttel – 100 Prozent klimaneutral

von Rolf Deckena, SPD Eimsbüttel

Die SPD Eimsbüttel hat sich schon immer für Klimapolitik stark gemacht. Gerade nach den verheerenden Ereignissen in Fukushima ist klar geworden, dass es höchste Zeit ist, zu handeln und die Energiewende praktisch umzusetzen.

Wir arbeiten zu 100 Prozent klimaneutral. Aus den Steckdosen des Kreisbüros, der Bezirksfraktion und den Büros der Bürgerschaftsabgeordneten Martin Schäfer und Silke Vogt-Deppe kommt nur noch regenerativer Strom. Doch allein durch Ökostrom lassen sich längst nicht alle CO₂-Emissionen tilgen: Dienstfahrten und Beheizung der Büros sind unvermeidbar und belasten die Umwelt auch weiterhin.



„Spenden“ für die Ökobilanz

Das wollte die SPD Eimsbüttel nicht hinnehmen und ließ sich von der Hamburger Agentur „KlimaINVEST“ ihren „Carbon Footprint“ – also die tatsächliche Bilanz an Treibhausgasemissionen – ausrechnen. Diese ermittelte 8 Tonnen CO₂ pro Jahr, ein Wert, den die Partei nun mit Zahlungen ausgleicht. Dieses Geld ermöglicht es, dass an anderer Stelle eben diese Menge an Treibhausgasen, also 8 Tonnen CO₂, ausgeglichen werden kann. So ist die Klimabelastung der SPD Eimsbüttel am Ende gleich Null! In unserem Fall wird mit der Zahlung das Klimaschutzprojekt Mare Manastir in der Türkei unterstützt. Im Jahr nach der Umwelthauptstadt ein richtiges Zeichen. Angesichts der Klimakatastrophe umso mehr. Zur Nachahmung empfohlen.

Verlosung

Gewinne das Buch „Brücken nach Osten“

Schreib uns eine Postkarte oder Mail bis zum 9. März (Adressen im Impressum letzte Seite).

Berlin direkt

von Aydan Özuguz

Kein Platz für Nazis in unserer Gesellschaft

Nach Bekanntwerden der ausländerfeindlich und rassistisch motivierten Mordserie der Zwickauer Terrorzelle und den darauffolgenden Forderungen nach vollständiger Aufklärung hat der Deutsche Bundestag einstimmig einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, der am 9. Februar zur ersten Sitzung zusammentrat. Ich werde als stellvertretendes Mitglied für die SPD-Fraktion an der Arbeit des Ausschusses, den unser Fraktionskollege Sebastian Edathy leitet, mitwirken.

Die elf Mitglieder des Ausschusses sollen bis zur Jahresmitte 2013 die politische Verantwortung für die jahrelang unentdeckte Verbrechenserie klären und aus den eklatanten Pannen und Versäumnissen der Behörden Konsequenzen für die Arbeit von Polizei und Geheimdiensten ziehen. Dieser Anspruch des Untersuchungsausschusses leitet sich aus der Befugnis des Bundestages ab, die Arbeit von Bundesbehörden zu überprüfen – im Fall der Zwickauer Terrorzelle betrifft dies das Verhalten

von Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz sowie möglicherweise des Bundesnachrichtendienstes.

Klar ist natürlich, dass wir neben der Arbeit im Bundestag auch vor Ort, in der Zivilgesellschaft weiter Präsenz und Standhaftigkeit gegen Neonazis, Rechtsextremismus und Braunen Terror zeigen müssen. Darum habe ich zur Teilnahme an den Demonstrationen des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ am 13. und 18. Februar aufgerufen. Das Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Vereinen wendet sich gegen die Vereinnahmung des Gedenkens an den Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden 1945 durch Neonazis. Der sog. „Trauermarsch“ der Neonazis durch Dresden ist ein Angriff auf unsere demokratische Kultur und eine Verhöhnung aller Opfer des Nationalsozialismus. Mir war es wichtig, auch die türkischsprachige Presse für „Dresden Nazifrei“ zu sensibilisieren und lud daher gemeinsam mit meinen Bundestagskollegen Sevim Dagdelen und Memet Kilic

fraktionsübergreifend zum gutbesuchten Pressegespräch in den Bundestag ein. Dresden Nazifrei war ein voller Erfolg:

Am 18. Februar 2012 gab es keinen „Trauermarsch“ der Neonazis durch Dresden.

Ob in den Parlamenten oder in den Städten und Gemeinden: Ich will, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus wieder zu einer zentralen Aufgabe aller demokratischen Kräfte wird. Es geht hier um den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft und nicht um irgendwelche Sonntagsreden. Wir Sozialdemokraten stehen in der Tradition des deutschen und internationalen Widerstands gegen Faschismus und Gewaltherrschaft. Für Nazis ist kein Platz in unserem Land, nicht in Dresden, nicht in Hamburg, nirgendwo. Je breiter das Bündnis, umso besser für uns alle.





Bericht aus dem Rathaus

Ein Jahr nach der Wahl – Rückblick und Ausblick

von Claas Ricker

Ein Jahr nach der Wahl hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion ein positives Fazit gezogen – und zugleich Wegmarken für 2012 benannt. Schon im ersten Jahr wurden viele Punkte angepackt und umgesetzt: Kita- und Studiengebühren runter, Wohnungsneubau rauf – um nur zwei wesentliche Punkte der Leistungsbilanz nach einem Jahr zu benennen. Die SPD-Fraktion hat dabei wichtige und eigenständige Akzente gesetzt – im engen Schulterschluss mit dem Senat auf der einen Seite, aber immer wieder durchaus auch im konstruktiven Einvernehmen mit der Opposition auf der anderen Seite.

Für die nächste Zeit stehen eine ganze Reihe von wichtigen Entscheidungen an: In den Monaten März/April sind dies vor-

allem die parlamentarischen Beratungen zu Hapag-Lloyd und den Energienetzen. In beiden Fällen geht Hamburg einen pragmatischen Weg – gemeinsam mit privaten Partnern – um die Interessen der Stadt zu wahren und zu verteidigen. Die Beteiligungen über die städtische Gesellschaft HGV schonen den Haushalt und minimieren die Risiken. Bei Hapag-Lloyd geht Hamburg mit einem nur vorübergehenden Mehrheitsanteil zusammen mit namhaften Hamburger Unternehmen den Weg des Vorgängersensats konsequent weiter. Bei den Netzen zeigen Senat und Fraktion mit einem dauerhaften Minderheitsanteil – gekoppelt an eine Garantiedividende und erweiterte Mitwirkungsrechte – einen Mittelweg zwischen einem Raushalten aus der Energiepolitik und einer Komplettübernahme der Netze auf. Das ist in beiden Fällen viel Geld, aber es ist gut investiert. Die Bürgerschaft erhält alle notwendigen Fakten – aber muss dann zügig und verantwortlich entscheiden. Gerade bei Hapag-Lloyd sollte aus Sicht der SPD-Fraktion der parteiübergreifende Schulterschluss aus der letzten Wahlperiode fortgesetzt werden. Denn klar ist: Wer jetzt nicht handelt, konterkariert das bisherige Engagement der Stadt. Das sollten insbesondere CDU und GAL bedenken. Denn der jetzige Senat setzt genau die vertraglichen Rahmenbedingungen um, die ihm der schwarz-grüne Vorgängersensat hinterlassen hat. Klar ist auch: Das Geld für den Anteil kommt nicht aus dem Haushalt, steht also auch nicht für andere Betriebsausgaben zur Verfügung, sondern wird von der städtischen HGV kreditär finanziert – in der sicheren Erwartung, es schnellstmöglich wieder zurückzuerhalten.

Im Anschluss an die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai wird es einen neuen Anlauf der SPD-Fraktion für eine Zusammenarbeit von Hamburger Bürgerschaft und Kieler Landtag geben. Die aktuelle Absage aus Kiel für ein informelles Zusammentreffen von Parlaments- und Fraktionsspitzen ist für die SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar. Offenbar war in den Drehbüchern mancher Wahlkämpfer in Kiel ein weitreichendes parlamentarisches Kooperationsangebot aus Hamburg nicht vorgesehen, weil man dort lieber das Märchen erzählt, Hamburg wolle keine vertiefte Zusammenarbeit. Auf Regierungsseite hat Bürgermeister Scholz die Einladung des Ministerpräsidenten für eine gemeinsame Kabinettsitzung selbstver-

ständiglich angenommen. Wenn die Regierungen sich treffen, sollten die Volksvertretungen das auch tun.

Ab Juni werden in Hamburg die Haushaltsberatungen von Senat und Bürgerschaft im Mittelpunkt stehen. Gegenwärtig entwerfen die Behörden ihre Einzelpläne entlang der vom Senat vorgegebenen Eckdaten. Langfristige Konsolidierung, strikte Ausgabendisziplin, Begrenzung der Mehrausgaben, Sicherung und Verbreiterung der Einnahmehasis, Sanierung der Infrastruktur zum Substanzerhalt – das sind für die SPD-Fraktion die Leitplanken für die zweifellos sehr schwierig werdenden Haushaltsberatungen. Die Behauptung mancher Oppositionsfraktionen, die SPD verteile ja nur Wohltaten, hatte schon immer mit der haushalterischen Realität wenig zu tun. Die Begrenzung des Ausgabenanstiegs wird eine Fülle von sorgfältig vorzubereitenden Einzelentscheidungen und auch schmerzhaften Einzelmaßnahmen zur Folge haben – in allen Bereichen, in allen Behörden. Es muss in der Stadt deshalb breit diskutiert werden müssen, was wir uns mit Blick auf die Schuldenbremse noch leisten können und wollen, was wirklich vorrangig oder auch nachrangig ist und darüber, dass es kein „weiter so“ beim Ausgabenzuwachs geben kann.

Für die SPD-Fraktion bleibt dabei die Sicherung der Einnahmehasis von zentraler Bedeutung. Ganz oben auf der Agenda steht nach wie vor auch der Punkt Sanierung der städtischen Infrastruktur, um den weiteren Wertverlust des öffentlichen Eigentums zu stoppen. Die SPD-Fraktion hat den Senat deshalb zur Vorlage eines eigenen Sanierungsprogramms verpflichtet und erste wichtige Entscheidungen für den „Sanierungsfonds Hamburg 2020“ getroffen – für die Sanierung des Mahnmals St. Nikolai und für die Deichtorhallen. Mit einem dritten Antrag will die SPD-Fraktion jetzt mit 500.000 Euro einen entscheidenden Beitrag zur Sanierung der Katharinenkirche leisten und hofft dabei auf eine breite Zustimmung in der Bürgerschaft.

Die 62 Abgeordneten der SPD-Fraktion setzen neben der Tagespolitik auch auf den langfristigen Blick. Das Leitmotiv „Hamburg 2020 – Stadt auf Kurs“ bildet den Rahmen dafür. Der Dialog mit der Stadt bleibt dafür unverzichtbar. Deshalb werden die Abgeordneten im Sommer wieder zur Sommertour in die 17 Wahlkreise ausschwärmen, um zu hören, wo der Schuh drückt.



Termine

1. März, 19 Uhr

Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung
Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10

15. März, 19 Uhr

Ein Jahr nach Fukushima – Was wird aus der Energiewende?
Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10

20. März, 19.30 Uhr

Olaf Scholz im Gespräch in Altona
Goethe-Gymnasium | Rispenweg 28

23. März, 17 Uhr

Fraktion vor Ort – Zukunftsdialog Pflegeversicherung – wie geht es weiter?

mit **Ulla Schmidt**, MdB und **Ingo Eglhoff**, MdB
Berufsförderungswerk Hamburg
August-Krogmann-Straße 52

24. März, 10–17 Uhr

Gesundheitstag der SPD Bergedorf
Bürgerhaus Allermöhe
Ebner-Eschenbach-Weg 1

27. März, 19.30 Uhr

Olaf Scholz im Gespräch in Dulsberg
Kulturhof Dulsberg
Alter Teichweg 200

29. März, 18.30 Uhr

Forum Internationale Politik Schwellenländer – eine Herausforderung für die Deutsche Außenpolitik mit Niels Annen
Kurt-Schumacher-Haus
Kurt-Schumacher-Allee 10

Weitere Termine im Internet:
www.spd-hamburg.de/termine

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Karin Timmermann

Redaktion
Lars Balcke

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
18. März 2012

Anschrift
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg